

Schneider-Zeitung

Organ des Verbandes christlicher Schneider, Schneiderinnen und verwandter Berufe

Die „Schneider-Zeitung“ erscheint alle 14 Tage Samstags und wird den Mitgliedern gratis zugestellt. Für Nichtmitglieder kostet die „Schneider-Zeitung“ durch die Post bezogen 1 Mark pro Quartal ohne Bestellgeld.

Deutschlands
Herausgegeben vom
Zentralvorstand.

Redaktion und Expedition: Rbin a. Rhein, Benloerwall 9.
Fernsprechanschluß Ruf-Nr. 2 8588. — Redaktionschluß
Montags Mittag vor dem Erscheinungstag. — Inseratennahme nur durch Otto Klein, Berlin SW. 47, Müdderstr. 07.

11. Jahrgang.

Köln, den 21. März 1914.

Nummer 6.

Die zentralen Tarifverhandlungen in Nürnberg.

Aus Nr. 4 der „Schneider-Zeitung“ sind unsere Leser eingehend über den Gang der diesjährigen zentralen Tarifverhandlungen in Nürnberg unterrichtet. Wenn wir auf die Tagung und ihren Ausgang zurückblicken, so muß vor Allem festgehalten werden, daß zweifellos auch in diesem Jahre leider wieder viele berechtigte Wünsche unerfüllt geblieben sind. Die Hauptvorstände der Arbeiterorganisationen haben ihren Mitgliedern trotzdem die Annahme der Schiedssprüche empfohlen, weil bei den gegebenen Verhältnissen mehr nicht erreicht werden konnte. Erfreulicherweise zeigen die Abstimmungsergebnisse in den beteiligten Ortsgruppen aller Organisationen, daß die große Mehrheit der Arbeiter dieser Auffassung beipflichtet, so daß unserem Gewerbe für dieses Jahr die Ruhe wieder gewahrt bleibt.

Es ist Pflicht, an dieser Stelle den Herren Unparteiischen für ihre schwierigen Bemühungen den gebührenden Dank auszusprechen; denn es darf nicht verkannt werden, daß diese Herren nach bestem Wissen und Willen die manchmal recht unangenehme Arbeit ihres Amtes erledigt haben. Keine der beteiligten Parteien kann den geringsten Zweifel in die strenge Objektivität des unparteiischen Kollegiums setzen, und das ist schließlich das Beste, welches der ganzen Geschäftsführung desselben überhaupt ausgestellt werden kann.

Diese schuldige Anerkennung kann sich — wie das in der Natur der Sache liegt — nicht auf den Inhalt aller Schiedssprüche erstrecken. Es sei in erster Linie der Schiedsspruch im Falle Köln als unbefriedigend erwähnt. Die Ansprüche der Kölner Arbeiter in Wausch und Bogen deshalb abzuweisen, weil die Unparteiischen bei Schaffung des Tarifes im Jahre 1912 die private Ansicht hegten, daß der Tarif bis zum Inkrafttreten des Reichstarifes im Jahre 1916 Geltung haben solle, diese Praxis kann nicht als zulässig angesehen werden. Zum Mindesten mußte bereits im Jahre 1912 den beteiligten Verbänden in irgend einer Form von dieser Ansicht Kenntnis gegeben werden. Sie hätten dann ihr damaliges Verhalten entsprechend einrichten können. Nachdem man aber auf Arbeiterseite davon nicht die leiseste Ahnung hatte, war man formell und sachlich durchaus berechtigt, eine notwendige Korrektur des Kölner Vertrages anzustreben. Unkontrollierbare Privatmeinungen können doch in keinem Falle für die Austragung einer Rechtsfrage eine Grundlage abgeben. Zum Mindesten wäre es Pflicht der Unparteiischen gewesen, in dem Kölner Falle die Hand zu Vereinbarungen über die ärgsten Schönheitsfehler des Kölner Tarifes zu bieten, um so mehr, als sie selbst in ihrem Schiedssprache zugeben mußten, daß die Arbeiter berechtigt waren, den Vertrag zu kündigen. Der logische Widerspruch, welcher zwischen diesem Zugeständnis und der Abweisung des Antrages als „unbegründet“ klappt, ist durch die Begründung der Abweisung nicht aus der Welt geschafft, wir möchten sogar sagen, daß er nicht unwesentlich verschärft worden ist. Die Arbeiterorganisationen müssen aus dem Vorfall die Lehre ziehen, daß sie bei künftigen Verhandlungen auf eine reifliche, prägnante Klarstellung aller Motive, welche zu einem Schiedssprache geführt haben, zu dringen haben.

In Nürnberg hat der Vorstandsvorteiler des „Adaw“ selbst zugegeben, daß den Arbeitgebern von den Unparteiischen im Jahre 1912 in Jena mitgeteilt worden ist, sie würden die Schiedssprüche unter der Voraussetzung einer vierjährigen Vertragsdauer fällen. Den Arbeitervertretern war davon nichts bekannt. Warum es die Unparteiischen damals unterlassen haben, den Arbeitern in gleicher Weise ihre Meinung kundzugeben, das ist heute nicht mehr festzustellen. Jedenfalls wäre es im Interesse beider Teile gelegen, wenn die Arbeitgeber der anderen Vertragspartei im Jahre 1912 bereits von der privaten

Mitteilung der Unparteiischen Kenntnis gegeben hätten. Es wäre dann jeder Irrtum vermieden worden und das Ergebnis der heutigen Verhandlungen wäre nicht mit einem bedeutenden Schönheitsfehler belastet. Das muß überhaupt für alle Fälle als bindende Norm festgehalten werden, daß Tarifverhandlungen nur denkbar sind, wenn die gleichen Grundsätze von allen Beteiligten ohne Vorbehalt und ohne jede Zwischeninstanz Anwendung finden.

Den Fall Köln aussehend, kann man sich mit den gefällten Schiedssprüchen, soweit sie sich auf die Klasseneinteilung beziehen, einverstanden erklären. Die Arbeiter können befriedigt auf einen anständigen Teilerfolg zurückblicken, welcher als Abschlagszahlung für's erste angenommen werden darf. Es stand nicht zu erwarten, daß alle Forderungen schon jetzt Erfüllung finden. Der Rest wird der Zukunft zur Verwirklichung vorbehalten werden müssen.

Sympathisch berühren mußte es, daß die Unparteiischen dem im Jahre 1912 aufgestellten Grundlag der Einschränkung und allmählichen Beseitigung von Doppel- und Untertarifen auch in diesem Jahre treu geblieben sind. Ihre Schiedssprüche haben nach dieser Richtung hin neuer manches Gute gebracht.

Dagegen kann man sich mit der Verschiebung der übrigen prinzipiellen Forderungen nur schwer einverstanden erklären. Wohin soll es führen, wenn all diese Dinge die Verhandlungen über den Reichstarif im Jahre 1916 belasten sollen! Es wäre doch entschieden vorzuziehen, wenn im Jahre 1916 nur die Lohnfrage noch zur Diskussion stände, die übrigen Angelegenheiten aber vorher schon ihre Erledigung fänden. Die Arbeiter können auf ihre prinzipiellen Forderungen nicht verzichten, weil sie auf eine feststehende Ordnung der ganzen Tarifpolitik in ihrem eigenen Interesse bringen müssen. Und der „Adaw“ wird wahrheitsgemäß auch noch überlegen, ob in diesem Falle seine Interessen nicht doch grundsätzlich mit jenen der Arbeiter übereinstimmen.

Drei volle Verhandlungstage erforderte die Erledigung der Doppel- und Untertarife und der Klasseneinteilung. Dann ging man an die Lohnfrage. Das materielle Ergebnis der diesbezüglichen Beratungen ist bereits in der letzten Nummer der „Schneiderzeitung“ mitgeteilt. Bei den Ziviltarifen schwanken die Lohnerhöhungen zwischen 3 und 5½ %, bei den Uniformtarifen zwischen 3½ und 7 %. Wir haben bereits die Grundsätze bekannt gegeben, von denen sich die Unparteiischen bei Fällung ihrer Schiedssprüche zur Lohnfrage leiten ließen. Die Kollegen werden an vielen Orten einen besseren greifbaren Erfolg der diesjährigen Bewegung erwartet haben. Aber bei ruhiger Prüfung aller Verhältnisse werden sie sich der Einsicht nicht verschließen können, daß der gegenwärtige Zeitpunkt zur Durchführung weitgehender Forderungen nicht hervorragend geeignet war. Wir stehen im Zeichen niedergehender wirtschaftlicher Konjunktur, die sich im ganzen Geschäftsleben empfindlich äußert. Ob das in absehbarer Zeit anders werden wird, ist sehr fraglich. Es muß im Gegenteil eine weitergehende Depression befürchtet werden, da die Gründe, welche die jetzige Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage hauptsächlich verschuldet haben, durchaus noch nicht vollständig aus der Welt geschafft sind. Es unterliegt keinem Zweifel, daß das Maßschneidergewerbe so gut wie andere Industrien und Gewerbe sich von der Depression der letzten Jahre noch nicht völlig erholen konnte, wenn auch die ersten Anzeichen der Besserung bereits zu beobachten sind.

Die Arbeiter sind zu vernünftig, um diese Verhältnisse nicht nach ihrer vollen Bedeutung einzuschätzen. Das haben sie bei den Verhandlungen auch durch ein weitgehendes Entgegenkommen neuerdings bewiesen. Sie können aber nicht die Kosten des schlechtesten Geschäftsganges im vollen Umfang tragen. Auch an sie stellt die niedergehende Konjunktur mit der durch sie verursachten Unfruchtbarkeit des Arbeitsverhältnisses, der geringeren Beschäftigung und der Verteuerung mancher Lebensmittel erhöhte Anforderungen. Dieses Manko können aber die Arbeiter nur

durch erhöhte Löhne ausgleichen. Man war von Arbeitgeberseite in Nürnberg sofort bei der Hand, die Arbeiter auf die Möglichkeit intensiverer Beschäftigung durch stärkere Veranziehung der Mitarbeiter der Frauen hinzuweisen. Diese Herren sind gewohnt, alle Verhältnisse noch einseitigsten Möglichkeitsstandpunkte aus zu beurteilen. Daß die Frau und vor allem die Arbeiterfrau in der Familie ganz andere Aufgaben hat, das können sie leider immer noch nicht richtig beurteilen. Hausarbeit und Kindererziehung erschöpfen die Kräfte einer Frau hinlänglich, wenn sie jeden Handgriff selbst besorgen, mit den beschwerlichen Mitteln ein behagliches Heim schaffen will, in dem der Arbeiter die physischen und seelischen Kräfte, deren ihn sein schweres Tagewerk beraubt, wirklich ergänzen kann. Dazu kommen noch die Pflichten der Gattin und der Mutter, für welche gerade die christlichen Arbeiter freien Spielraum der Kräfte ohne Beeinträchtigung durch Berufsarbeiten auf Grund ihrer Weltanschauung und ihres sozialen Bewußtseins gebieterisch fordern müssen. Daß die Damen mander Arbeitgeber Zeit haben im Geschäfte mit tätig zu sein, soll nicht geleugnet werden. Sie stellen dann einfach in Küche, Haushalt und Kinderstube bezahlte Helfer, welche sich ihrer Aufgabe schlecht und recht entledigen. Es ist traurig genug, daß noch so viele Schneider die Mitarbeit ihrer Frauen einfach nicht entbehren können, wenn sie ihre Familien halbwegs anständig durch's Leben bringen wollen. Wenn gegenteilige Ansichten immer wieder zum Ausdruck kommen, erzieht man damit nur eine gewisse Erbitterung, welche der sozialen Diskussion der Lohnfragen nicht förderlich ist, und im letzten Grunde nur den Arbeitgebern selbst Schaden bringen wird. Man sollte es auch unterlassen, vereinzelte Fälle besonders hoher Einkommen als Norm für die wirtschaftliche Lage der Schneider darzustellen. Wenn ein Schneider im Jahre 2—3000 Mark verdient, dann muß sich jeder Vernünftige sagen, dieses Einkommen kann nur erzielt werden, durch Veranziehung aller möglichen Hilfskräfte und eine ungemessene Arbeitszeit. Der Durchschnitt der Verdienstmöglichkeit bleibt fast stets der unteren Grenze des absolut Notwendigen sehr nahe. Es müßte uns sehr wundern, wenn dies nicht auch den Arbeitgebern sehr gut bekannt wäre. Daß sie trotzdem in einzelnen Fällen in Nürnberg wieder hohe Ziffern mit Vorliebe in's Treffen geführt haben, war falsch und auch nicht zweckmäßig, denn auf die Unparteiischen mußte diese Tatricht schließlich den gleich ungünstigen Eindruck machen, als auf die Vertreter der Arbeiter selbst.

Wenn die Unparteiischen in ihrer Begründung der Schiedssprüche zur Lohnfrage auf die „fast durchweg nicht unwesentlichen Lohnaufbesserungen“ vor drei Jahren hingewiesen haben, so ist dieser Hinweis doch auch nur relativ zu nehmen. Seit drei Jahren ist die Lebenshaltung der Arbeiter nicht billiger geworden. Anerkennen muß man das Bestreben der Unparteiischen, einen brauchbaren Mittelweg zu finden, der einerseits den wirtschaftlichen Verhältnissen der Arbeitgeberseite, andererseits der Lage der Arbeiterschaft nach Möglichkeit Rechnung trägt. Fast man noch die vorgenommenen Erhöhungen der Klassen und die Befestigung bezw. Einschränkung der Doppel- und Untertarife ins Auge, so kann man sich mit den erzielten Erfolgen für heute wohl zufrieden geben. Bei der Regelung des Tarifwesens im Jahre 1916 wird ein weiteres Wort gesprochen werden müssen.

Wichtig und von der Kollegenschaft allenthalben wohl zu beachten ist die Voraussicht der Unparteiischen, daß Vergünstigungen, die den Gehilfen bisher eingeräumt waren, auch in Zukunft aufrecht erhalten werden müssen.

Uebrigens trant das ganze Verhandlungssystem bezüglich der Lohnfrage an dem Umstande, daß nicht die einzelnen Tarifpositionen sachlich geprüft worden sind. Man hat sich mit der schematischen Aufrelegung eines durchschnittlichen Prozentsatzes auf alle Grundlöhne begnügt. Damit sind aber die Ungleichheiten der Tarife noch lange nicht ausgeglichen. Die Unparteiischen trifft daran natürlich keine Schuld. Sie können auf die Tarifverhandlungen nicht die

Dauer einer parlamentarischen Session verwenden. Hätten die Arbeitgeber Bereitwilligkeit gezeigt bei den örtlichen Verhandlungen sich mit diesen Dingen zu befassen, dann wäre ein besseres Resultat in dieser Beziehung erzielt worden. In den Ortsgruppen des „Adon“ hat man sich auf eine verbietende Weisung der Hauptleitung berufen. Herr Schwarz hat das in Nürnberg mit aller Entschiedenheit bestritten, hat im Gegenteil versichert, daß den Ortsgruppen zu lokalen Verhandlungen vollständig freie Hand gelassen worden sei. Draußen hatte man aber nicht genug Disziplin, um dieser Weisung nachzukommen, oder man hat sich von vornherein gesagt, daß man mit einer prozentualen Lohnzulage besser fahren werde. So sind die Ungleichheiten und Schönheitsfehler der Tarife zum Schaden der Arbeiter wieder stehen geblieben. Da wird nur durch eine Aenderung des Verhandlungssystems künftigt Wandel geschaffen werden können.

Bezüglich der Uniformtarife haben die Unparteiischen im Wesentlichen die gleichen Grundzüge für Regelung der Lohnfrage in Anwendung gebracht wie bei den Ziviltarifen. Wichtig ist, daß das Durchschnittseinkommen der Uniformschneider im allgemeinen höher ist, wie jenes der Zivilschneider. Daß aber die Seerestormehrung für die beteiligte Geschäftswelt gar so wenig in Betracht kommen soll, wie die Arbeitgeber glauben machen wollten, das wird wohl ernstlich bestritten werden dürfen. Für Abweisung größerer Lohnerböhrungen erscheint uns dieses Argument durchaus ungeeignet. Die Uniformbranche ist ein sehr rentables Geschäft, dessen Rundschaft von der allgemeinen Finanznotwendigkeit bedeutend weniger getroffen wird als das bei den Firmen der Zivilbranche der Fall ist. Die Arbeitgeber flagen über das Leberhandnehmen des Vorgesystems. Ob mit Recht oder mit Unrecht, das kann hier nicht entschieden werden. Das steht aber fest, daß Guthaben bei Militärpersonen aller Grade sehr sichere Kreditposten sind. Lebergrün wären die Uniformschneider schlechte Kaufleute, wenn sie dieses Risiko nicht von vorneherein in die Preisstellung einrechnen würden. Erfolgreich wird das übrigens aus jedem Preisfabrikant eines Uniformgeschäftes. Das Offizierkorps ergänzt sich nach Ansicht der Arbeitgeber, welcher die Unparteiischen beitreten, sich, mehr und mehr aus minderbemittelten Volksschichten, so daß die Offiziere nicht mehr in der Lage sind, bei der Uniformbeschaffung einen über das notwendige Maß hinausgehenden Aufwand zu treiben. Wir gestatten es, hinter diese Aufstellung ein sehr großes Fragezeichen zu setzen. In der politischen Welt hat man von dieser Reorganisation unseres Offizierkorps bis jetzt noch nichts bemerkt. Im Gegenteil! Die Klagen über die Exklusivität in diesen Kreisen sind in allen politischen Lagern noch lange nicht verstummt. Abgesehen davon ist eine für die Branche fühlbare Einschränkung der Uniformbeschaffung durch minderbemittelte Offiziere gar nicht möglich, weil in dieser Welt des Glanzes der Einzelne für seinen Sparfamletztrieb nur sehr wenig Betätigungsfeld findet.

Bei Behandlung der Damenschneidertarife wollten die Treudener Arbeitgeber eine neue Arbeiterklasse, Anfänger genannt, einführen, um einen Uebergang zu schaffen von den Herrenschneidern, die zur Damenschneiderei übergehen. Sie mußten dabei selbst zugeben, daß sie in der Praxis diese Uebergangskategorie nur für ganz jugendliche Personen, also lediglich ausnahmsweise brauchten. Die Unparteiischen wollten aber von dieser falschen Neuerung nichts wissen und lehnten den Antrag mit Recht ab.

In Frankfurt a. M. handelte es sich darum, ob auch die Löhne der in der Damenschneiderei beschäftigten Arbeiterinnen tariflich festgelegt werden sollen. Die Unparteiischen erkannten an, daß dem „Adon“ die grundsätzliche Verpflichtung obliegt, bezüglich der in der freien Gewerkschaft organisierten Arbeiterinnen einen Vertrag abzuschließen. Praktisch bedeutet die tarifliche Festlegung der Löhne aber daran, daß zurzeit noch nicht genügend Arbeiterinnen organisiert sind, um die Durchführung des Vertrages zu gewährleisten. Das ist wieder einmal eine ernste Mahnung, an die Adresse aller Indifferenten, welche leider immer noch nicht ihre soziale Pflicht gegenüber ihren Mitarbeitern einsehen wollen und aus Gleichgültigkeit oder gar niedriger Selbstsucht der Berufsorganisationen fern bleiben. Es sollte wahrlich heute nicht mehr vorkommen, daß sich die Arbeiter bei Tarifvertragsverhandlungen so etwas sagen lassen müssen.

Das ist im allgemeinen von den Nürnberger Tarifverhandlungen zu sagen. Sie haben uns, obwohl sie manchen begriffswerten Erfolg brachten, doch wieder auf die Notwendigkeit der Organisation hingewiesen. In zwei Jahren stehen uns ernste Kämpfe im ganzen Gewerbe bevor. Es wird sich dann darum handeln, ob bei den Verhandlungen über den Reichstarif die Lohnfrage in einer unseren Bedürfnissen entsprechenden Weise geregelt wird und ob unsere sozialpolitischen Grundzüge, unsere berechtigten Forderungen an die wirtschaftliche Grundform der gemeinschaftlichen Arbeitsbedingungen zu einem klaren, rechtsverbindlichen Ausdruck kommen, oder ob die vielfach ganz anders gearteten Wünsche und Bestre-

nungen der Arbeitgeber uns wieder mit einem gewissen Erfolg entgegenreten. Das Ideal wäre es, wenn bis zu diesem Zeitpunkt kein Kollege, keine Kollegin mehr außerhalb der Organisation stehen würde. Das ist die beste Bürgschaft für den endgültigen Erfolg. Sie herbeizuschaffen, muß sich heute schon jedes unserer Mitglieder anlegen sein lassen. Unter den gegebenen Verhältnissen handelt es sich einfach um eine unabweisbare Pflicht, der sich nur ein Selbstling entziehen wird.

Sozialdemokratische Monopolbestrebungen.

In letzter Zeit häufen sich die Veruche der sozialdemokratischen Gewerkschaftsorganisationen, die christlichen Verbände von Tarifabschlüssen auszuschalten. Darin liegt die Gefahr der Arbeitsmonopolbildung, welche den sozialdemokratischen Gewerkschaften die unbetrittene Herrschaft auf dem Arbeitsmarkt einräumt. Entweder „rot oder kein Brot“ ist die unmittelbare Folge für jeden Arbeiter, der sich nicht in das sozialdemokratische Joch zwingen lassen will. Der letzte Veruch, ein rotes Arbeitsmonopol anzurichten, wurde im Pfasterergewerbe gemacht. Dort wurde auch, wie wir in Nr. 4 der Schneider-Zeitung berichteten, zwischen dem sozialdemokratischen Steinbeckerverband und der Organisation der Unternehmer, dem „Reichsverband für das Steinbecker- und Pfasterergewerbe“, ein Vertrag abgeschlossen, in welchem dem roten Verband das Arbeitsmonopol garantiert wird.

Wenn wir auch im Schneidergewerbe offene Monopolbestrebungen nicht zu befürchten haben, so ist es doch eine bekannte Tatsache, daß man seitens der Genossen christlich-organisierten Arbeitern auf dem Arbeitsplatze sehr häufig die Pistole auf die Brust stellt, indem man ihnen bedeutet, daß, wenn sie in diesem oder jenem Geschäft arbeiten wollen, sich dem freien Verbände anzuschließen hätten, und in Duzenden von Fällen schüttelten unsere Kollegen den Staub solch „gastlicher Stätten“ von den Füßen. Das sind Fälle, die weniger an die Öffentlichkeit dringen, nichtsdestoweniger aber neben der schärfsten Verurteilung unsere größte Aufmerksamkeit erfordern, weil in ihnen der Wille zum Ausdruck kommt, daß man auch im sozialdemokratischen Schneiderverband Monopolgefühlen nicht abeneigt ist.

Offen haben sich die sozialdemokratisch-organisierten Schneider in Saarbrücken nun schon zum zweitenmale hervorgewagt. Bereits im Jahre 1911, als es sich um die Erneuerung des auch von unserem Verbände mit abgeschlossenen Tarifes handelte, schlugen die Genossen nicht nur ein gemeinsames Vorgehen ab, sondern forderten auch von den Arbeitgebern die Ausschaltung unserer Vertreter von den Verhandlungen und, um ihr arbeiter-schädigendes Vorgehen vor den Arbeitgebern zu beschönigen, lagen sie ihnen vor, daß die „Freien“ in Arefeld und Münster, wo das Verhältnis der beiden Verbände ungleich sei, bei den Beratungen u. dem Tarifabschluß ausgeschaltet worden wären. Die Saarbrückener Arbeitgeber fügten sich damals mit Widerwillen dem roten Terror, worüber sie mündlich wie schriftlich keinen Zweifel ließen, weil sie, keiner Organisation angehörend, bei einem eventl. Streik keine Stütze gefunden hätten. Wenn die Saarbrückener Arbeitgeber damals nachträglich den Tarif doch noch mit unserer Organisation abgeschlossen haben, so ist das ein Beweis dafür, daß sie sich nur unter dem Druck der Verhältnisse dem Machtbündel der Genossen unterwarfen. In der Folge haben es die Genossen an nichts fehlen lassen, unseren Kollegen den Anfechtbalt in Saarbrücken so fauer als möglich zu machen; eines brachten sie aber nicht fertig, nämlich: unsere Zahlstelle zu unterdrücken. Im gewöhnlichen Leben lernt man mit einem Gegner, den man nicht unterjochen kann, paktieren. Das liegt im Interesse beider Teile und leuchtet jedem ein; nur den Saarbrückener Genossen nicht. Für sie heißt es in erster Linie: „Kampf den Christlichen“. Ob darunter die Interessen der eigenen Mitglieder Schaden leiden, das steht sie nicht. Das zeigte sich bei der diesjährigen Lohnbewegung, wo die Genossen geradezu ein arbeiter-schädigendes Treiben an den Tag legten.

Schon bei der ersten Verhandlung, die nach der Kündigung des Tarifes stattfand, forderten sie die Entfernung des Vertreters des christlichen Verbandes. Diesem Verlangen gaben jedoch die Arbeitgeber nicht statt, sondern erklärten, daß für sie kein Grund bestünde, den christlichen Verband von den Verhandlungen auszuschalten. An dieser Erklärung hielten die Arbeitgeber auch bei den folgenden Verhandlungen fest, so daß sie sich zerklüften. Dabei darf nicht übersehen werden, daß die Arbeitgeber wiederholt den Verhältnissen entsprechende Lohnzulagen in Aussicht stellten. Statt nun die Arbeitgeber auf diese Erklärungen hin zur Befantgabe ihrer Vorklänge vor Ablauf des Tarifes zu veranlassen, wie man es von gewissenhaften Arbeiterführern verlangen konnte, verfügten sie kurzerhand die Arbeitsniederlegung. Den Saarbrückener Genossen mag ihr frivolcs, arbeiter-

schädigendes Treiben doch nicht recht gebeuer vorgekommen sein, denn um dieses in der Öffentlichkeit zu beschönigen, schreiben sie in der roten Presse, daß die Arbeitsniederlegung wegen des ungenügenden Angebotes der Arbeitgeber erfolgt sei.

Wir stellen demgegenüber fest, daß die Arbeitgeber vor der Arbeitsniederlegung gar keine Gelegenheit hatten, ihr in Aussicht gestelltes Angebot zu machen, denn der bei den Verhandlungen anwesende christliche Vertreter hinderte die Genossen ja in ihrem Fanatismus daran, das Angebot überhaupt nur entgegenzunehmen, geschweige denn, auf Grund desselben zu verhandeln. Das Angebot der Arbeitgeber erfolgte erst am 3. März, nachdem am Tage vorher schon seitens der Genossen die Arbeit niedergelegt war, und zwar mit Einverständnis unserer Organisation in einer separaten Sitzung der Arbeitgeber mit den Genossen, nicht aber, ohne daß vorher die Arbeitgeber erklärten, daß der Tarif, sofern ihr Angebot seitens der Genossen angenommen würde, gemeinsam mit uns abgeschlossen würde, andernfalls seien sie bereit, die Verhandlungen mit uns weiterzuführen. Das Angebot lautete: Auf Großstücke werden 5 Proz., auf die Kleinstücke 6 Proz., und auf die Stunden- und Tageschneiderlöhne 8 Proz. Zuschlag gewährt und zwar für eine zweijährige Vertragsdauer. Dieses Angebot lehnten die Genossen, obwohl es im Durchschnitt über 2 Proz. höher ist als der Durchschnitt der in den Nürnberger Schiedssprüche enthaltenen Lohnerböhrungen, ab. Auch in dieser Sitzung wurde den Genossen bedeutet, daß sie auf Erfüllung ihrer Wünsche nicht zu rechnen haben, wodurch sie sich zu Beschränkungen der Christlichen als Streifbrücker hinreihen ließen. Wegen dieser Beschränkung sind bereits weitere Schritte getan, wobei das arbeiter-schädigende Treiben der Saarbrückener Genossen eine unliebbare Beleuchtung erfahren dürfte.

Bei den darauf mit unseren Vertretern gepflogenen Verhandlungen wurde auf folgender Grundlage eine Einigung erzielt und der Tarifabschluß getätigt. Es werden erhöht: Die Löhne für Großstücke um 5 Proz., für Kleinstücke in der ersten Klasse um 7 Proz., in der zweiten Klasse um 6 Proz., und die Stunden- und Tageschneiderlöhne um 10 Proz. Die Grundlöhne der hauptsächlichsten Stücke stellen sich nach den neuen Tariffaben für: Frack 1. R. 23.60 M., 2. R. 21.00 M.; Gehrock 1. R. 22.05 M., 2. R. 19.95 M.; Rockjackett 1. R. 18.40 M., 2. R. 17.30 M.; Sakko 1. R. 14.95 M., 2. R. 12.85 M.; Paletot 1. R. 20.50 M., 2. R. 18.40 M.; Weste 1. R. 4.45 M., 2. R. 4.15 M.; Weste Stehbrust 1. R. 4.15 M., 2. R. 3.85 M.; Hose 1. R. 4.90 M., 2. R. 4.60 M. Werden Äffel und Kermel mit der Hand gewirkt verlangt, so erhöhen sich die Löhne pro Großstück um 75 Pfg.

In Saarbrückener Kollegenkreisen zweifelt man daran, ob die Führer der Genossen das Angebot der Arbeitgeber ihren Mitgliedern zur Kenntnis gebracht haben, und man ist der Ansicht, daß es von diesen nicht abgelehnt worden wäre. Doch das mögen die Herren unter sich verantworten. Auch verlautet, daß die Genossen neben der Ausschaltung unserer Organisation mit einer 8-prozentigen Erhöhung bei einer Vertragsdauer bis 1920 zugestimmt hätten. Wir überlassen es der Kollegenschaft, sich über solche Strategen ein Urteil zu bilden.

Auch die „Nachzeitung für Schneider“, die sonst mit eingehenden Berichten nicht spart, wenn sie glaubt, dem christlichen Verband am Zeug fliden zu können, schweigt sich über die Vorgänge in Saarbrücken offiziell aus. In Nr. 10 teilt sie lediglich mit, daß die Bewegung noch nicht erledigt sei und in Nr. 11, daß sich ihre Mitglieder in Saarbrücken noch im Streik befinden. Dagegen verweist sie einen kurzen Bericht aus Saarbrücken, gezeichnet mit O. Bier, in die Eingangs-Ecke, ein billiges Mittel, um sich der Verantwortung für das dort Gesagte zu entziehen. Wer aber glaubt, in dem Eingangsblatt die Wahrheit über die Saarbrückener Vorgänge zu erfahren, hat sich stark getäuscht. Es wird lediglich mitgeteilt, daß die Tarifverhandlungen an der Lohnfrage gescheitert seien. Kein Wort von der verurteilten Ausschaltung der Christlichen, kein Wort auch von den Angeboten der Arbeitgeber. Wozu auch; so etwas brauchen die eigenen Genossen doch nicht zu wissen, und man könnte sonst auch den Christlichen den Vorwurf des Streifbruchs nicht machen, wie es in dem Eingangsblatt geschieht. Wir halten es in diesem Falle nicht für notwendig, weiter den Versuch zu machen, den Vorwurf zu entkräften. Nur eines sei dem Einsender noch gesagt: der christliche Verband lehnt es ab, den Spielball terrorisierender Genossen zu machen. Unsere Saarbrückener Kollegen haben den Kampf um ihre Gleichberechtigung, die ihnen bebauerlicher Weise von verbündeten Arbeitskollegen streitig gemacht wurde, mutig aufgenommen. Dafür verdienen sie nicht nur unsere vollste Anerkennung, sondern auch unsere weitgehendste Unterstützung. Das Ansehen unserer Organisation erfordert es, daß wir alles aufbieten, den Monopolgefühlen der Saarbrückener sozialdemokratisch organisierten Schneider ein „Bis hierher und nicht weiter!“

zurufen. Auch im Saarbrücker Schneidergewerbe muß der Grundsatz „Gleiches Recht für alle“ Geltung bekommen. Dazu beizutragen, ist jedes Verbandsmitglied verpflichtet. Das Verbandsinteresse gebietet allen, daß sie den ergangenen Anweisungen zu Folgezeitgehende Solidarität üben.

Fachauschüsse in der Hausindustrie.

In den Kreisen der Heimarbeiter vernimmt man es schmerzlich, daß die Fachauschüsse, die im neuen Hausarbeitsgesetz vorgesehen sind und in der Regelung der Lohnfrage vernünftig, begütigend und mit Vorzügen mitarbeiten sollen, noch immer auf sich warten lassen. Mit diesen Fachauschüssen ist Deutschland hinter England weit zurückgefallen, welches schon vor einigen Jahren zu dem Zwecke der Festlegung gesetzlicher Mindestlöhne in bestimmten Zweigen der Heimindustrie eigene Lohnämter eingesetzt hat und auf dem hier vertretenen Wege noch weiter vorwärtsgen will.

Die bereits bestehenden Lohnämter können heute auf ein dreizehnjähriges Weichen zurückfallen. Das Lohnamtgesetz vom Jahre 1909 sieht die Festlegung von Mindest- bezw. Mindestlohn für gewisse Teile der Konfektion, ferner für die Spinnindustrie, Schwärz- und Kleiderindustrie vor und vorzuziehend die Festlegung der Lohnämtern. Weren Mitglieder werden — zum Teil drei — zum Teil vom Ministerium ernannt, im weiteren aber von den Arbeitgebern, den Arbeitnehmern und dem Handelsministerium gewählt. Für die Papierfabrikindustrie und z. B. neun Bezirke gebildet worden, in denen je ein Bezirke-Lohnauschuss zur Festlegung der Löhne errichtet wurde, für die Konfektion sind sieben Bezirke-Lohnauschüsse gebildet worden usw. Vor Festlegung der Löhne muß das Komitee über die benötigte Lohnhöhe verständigt werden. Sobald der Mindestlohn — Ausnahmen sind vorgesehen bezüglich minderwertiger Arbeiter und sonstigen Personen — festgelegt ist, hat das Komitee den in Betracht kommenden Arbeitgebern und Arbeitern davon Kenntnis zu geben. Sobald dieser die Festlegung des Handelsministeriums gefunden hat, ist jede andere Vereinbarung zwecks Zahlung niedrigerer Löhne unzulässig, und der Arbeitgeber macht sich durch solche strafbar.

Die Mindestlohnfrage, welche für die eben genannten Industriezweige festgelegt sind, schwanken für Frauen zwischen 21 und 24 Pf. die Stunde, für Männer zwischen 42 und 60 Pf.; teilweisehandlich verdienen zahlreiche Arbeiter wesentlich höhere Löhne. Die Zahl der Arbeiter, welche durch das Gesetz bisher berührt werden, wird auf rund 200 000 geschätzt, von denen 10 Prozent Frauen und Kinder sind. Vom Handelsministerium wird beantragt, um Besonderen der Arbeiter entgegenzunehmen und gegen Zuwiderhandlungen vorzugehen. Ein am 1. Mai 1913 eingetragenes Gesetz sagt vor, das Gesetz auf folgende fünf weitere Industriezweige auszudehnen: Lederwaren und Konfektionieren von Frauen, Feinwebereien, Anfertigung von Zinn- und Emaille-Objekten, Schneiderarbeiten und Baumwoll- sowie Woll- und Woll- in Dampfmaschinen. Dadurch würden (vgl. Reichsarbeitsblatt 1913, 2) weitere 100 000 bis 200 000 Personen von den Sitzungen dieses Gesetzes betroffen werden. Die meisten wärent Frauen und Mädchen, deren Löhne eine wesentliche Aufbesserung erfahren würden.

Während also, wie aus den letzteren Angaben hervorgeht, Gewerkschaften beschäftigt, die Lohnämter für weitere Industriezweige einzuführen, stehen bei uns die mit viel geringeren Kompetenzen ausgestatteten Fachauschüsse noch auf dem Papier. Anfragen bezüglich Bedürfnis an Fachauschüssen usw. sind bei den nachgeordneten Stellen meistens der Oberinstanzen bereits mehrfach angemeldet worden, aber die Sache will anscheinend nicht so recht vorwärts. Bei der diesjährigen Beratung des Reichsrats des Innern ist nun nachdrücklich der Wunsch der Heimarbeiter geltend gemacht worden, daß das Reichsamt des Innern nunmehr Dampf dahinter macht in dem Sinne, daß die Einzelstaaten an ihre Pflicht gemacht, die Fachauschüsse, die im Gesetz vorgesehen sind, und die vor allem auch eine Regelung der für die Heimarbeiter so wichtigen Lohnfrage mit fördern helfen sollen, nun auch Wirklichkeit werden zu lassen. Die Behörden sollten sich zu diesem Zwecke bei Entschreibung der Bedürfnisfrage nicht so einseitig der Auffassung der Kommunalverwaltungen und der Handelskammern anschließen, sie sollten sich mehr mit den sozialpolitischen Vereinen und sozialpolitisch gesinnten Persönlichkeiten in Verbindung setzen. Unsere Heimarbeiter wünschen mit Recht, daß man auf dem Gebiete der Fachauschüsse etwas schneller arbeitet!

Wie wird und wer wird zum Versicherungsamt gewählt?

Darüber gibt das Gesetz genaue Auskunft: Die Versicherungsvertreter werden von den Vorstandsmitgliedern der Krankenkassen gewählt, die im Bezirke des Versicherungsamtes mindestens 50 Mitglieder haben.

An der Wahl nehmen ferner teil die Vorstandsmitglieder 1. der knappschaftlichen Krankenkassen, 2. der Erwerbslosen, und 3. der Gewerkschaften und anderer obrigkeitlich genehmigter Vereinigungen von Gewerkschaften zur Wahrung ihrer Rechte, soweit sie im Bezirke des Versicherungsamtes mindestens 50 Mitglieder haben; die Erwerbslosen und die anderen sind im Bezirke des Versicherungsamtes zu wählen, wenn sie außerdem nur einen Teil der Mitglieder an der Wahl

dem Wahlleiter rechtzeitig anmelden und die Zahl ihrer Mitglieder in diesem Bezirke nachweisen. An Stelle der Vertreter der Versicherer im Vorstände wählen:

- a) bei knappschaftlichen Krankenkassen die für den Bezirk zuständigen Knappschaftsämter,
b) bei Erwerbslosen, die örtliche Verwaltungstellen haben, die Wahlleiter der für den Bezirk des Versicherungsamtes zuständigen örtlichen Verwaltungstellen (§ 42).
Die Stimmzahl einer Klasse richtet sich nach ihrer Mitgliederzahl im Bezirke des Versicherungsamtes und wird von ihm vor jeder Wahl festgelegt. Diese Stimmzahl wird auf die Wahlberechtigten verteilt und die im ihrer Wahl nach § 42 Abs. 3 Wahlberechtigten gleichmäßig verteilt (§ 43).

In den Klassenvorständen nehmen die Arbeitgebermitglieder nur an der Wahl der Arbeitgebermitglieder, und die Mitglieder aus den Reihen der Versicherer nur an der Wahl der Versicherervertreter teil.

Vorstände, die keine Arbeitgeber enthalten, nehmen nur an der Wahl der Versicherervertreter teil.

Bei Wahl der im § 42 Abs. 2 bezeichneten Art, die keine Vertreter der Versicherer im Vorstände haben, wählen die Vorstände der vorhandenen Arbeitgebervertreter.

Was von den Vorständen gilt, gilt dementsprechend von den an ihrer Wahl nach § 42 Abs. 3 Wahlberechtigten (§ 44). Die Wahl geschieht öffentlich und nach den Grundregeln der Wahlordnung. Die oberste Verwaltungsbehörde erläßt eine Wahlordnung.

Der Vorsitzende des Versicherungsamtes leitet die Wahl. Bei Streit über die Wahl entscheidet das Landesversicherungsamt endgültig (§ 45).

Für die Versicherungsvertreter werden in der gleichen Weise Stellvertreter nach Bedarf bestimmt.

Für Versicherungsvertreter, die vor Ablauf ihrer Wahlzeit ausfallen, rufen die Stellvertreter ein (§ 46).

Wählbar sind nur Männer, die im Bezirke des Versicherungsamtes wohnen oder ihren Wohnort haben oder beschäftigt werden, und die nicht nach § 12 ausgeschlossen sind.

§ 12. Wählbar zu den Organen der Versicherungsträger sind nur volljährige Deutsche.

Nicht wählbar ist:

- 1. wer infolge strafgerichtlicher Verurteilung die Fähigkeit zur Verrichtung öffentlicher Ämter verloren hat oder wegen eines Verbrechens oder Vergehens, das den Verfall dieser Fähigkeit zur Folge haben kann, verfolgt wird, falls gegen ihn das Hauptverfahren eröffnet wird;
2. wer infolge gerichtlicher Anordnung in der Befähigung über sein Vermögen beschränkt ist (§ 12).

Wählbar sind nur Versicherer, ihre Arbeitgeber und deren bevollmächtigte Betriebsleiter. Versicherer werden den Arbeitgebern zugerechnet, wenn sie regelmäßig mehr als zwei Versicherungspflichtige beschäftigen.

Bei Versicherungsämtern an der Seeferie können zu Vertretern der Versicherer auch befähigte Schiffahrtsleute gewählt werden, die nicht weder, Meeresreiter (Korrespondenzblatt, § 402 bis 406 des Handelsgesetzbuches) oder weidmännische sind (§ 47).

Die Versicherungsvertreter sollen mindestens je zur Hälfte an der Unfallversicherung beteiligt sein (§ 48).

Die Versicherungsvertreter sollen mindestens je zu einem Drittel am Siege des Versicherungsamtes teilhaben oder nicht über zehn Kilometer entfernt wohnen oder beschäftigt sein.

Bei der Wahl sollen die hauptsächlichsten Erwerbszweige, insbesondere die Landwirtschaft, und die verschiedenen Teile der Bezirke berücksichtigt werden.

Die oberste Verwaltungsbehörde kann darüber Besondere oder Abweichendes bestimmen (§ 49).

Was haben die kirchlich-nationalen Arbeiter jetzt zu tun?

Wenn die christlich-nationale Arbeiterbewegung bei den Wahlen zu den Versicherungsämtern usw. ebenjotig abschneiden will, wie bei den Krankenkassenwahlen, dann müssen alle zusammengehörenden Kräfte zu vereinigtem Handeln zusammengefaßt werden. Die Wahlleiter der Coerverversicherungsbezirke müssen sich die Vereinigung aller Krankenkassen ihres Bezirkes alsbald besorgen. Vielleicht können sie es vom Coerverversicherungsamt erhalten oder leihen, wenn nicht, dann eventuell von der Invalidenversicherungskasse ihres Landes, außerdem ist für Kreuze ein neues Verzeichnis der Krankenkassen in Heymann's Verlag, Berlin, Kauerstraße 3 (Preis 5 Mk.) zu haben. Den örtlichen Wahlleitern mußte eine Abschrift der Absenzen der Krankenkassen ihres Versicherungsbezirks von den oberen Wahlleitern zugehen, ebenso auch eine Liste der sämtlichen örtlichen Wahlleiter, des betreffenden Coerverversicherungsbezirks, damit diese sich kennen und sich einander helfen und beraten. Die oberen Wahlleiter müssen natürlich in engerer Fühlung mit den örtlichen Wahlleitern treten; bei der Auffstellung der Versicherervertreter ist möglichst lebereinstimmung zu erzielen. Man nehme in erster Linie solche Leute, die bereits bei der unteren Vermittlungsbehörde mit Erfolg und zur Zufriedenheit der Beteiligten tätig waren. Gut wird es sein, wenn die örtlichen Wahlleiter recht bald auch mit den Krankenkassenvorständen in Verbindung treten, die zwar keine christlich-national organisierten Vertreter haben, die aber schließlich aus nationalen usw. Gründen unsere Hilfe wählen.

Die Vorarbeiten zu den Wahlen sind nunmehr auf der ganzen Linie in Angriff zu nehmen. Der preussische Handelsminister hat den Erlaß der Wahlordnung nach einem im Ministerium angefertigten Entwurf der Regierungsvorschriften übertragen. Es steht die Ausführung der Wahlen sicherlich fast bevor. Unseren Coerverversicherungsämtern und den örtlichen Wahlleitern, sowie den Gewerkschaftsleitungen und sozialen Ausschüssen erwächst die Pflicht, sich bei der Aufstellung tüchtiger Kandidaten, rechtzeitiger Einreichung der Vorlagelisten, Beeinflussung der Krankenkassenvorstandsmitglieder usw. gegenständig zu helfen, damit ein glänzendes Resultat erzielt wird.

Gewinne der Versicherungsgesellschaften.

Es wird zweifellos viele Kreise interessieren, mit welchen Ergebnissen die verschiedenen privaten Versicherungsgesellschaften im Berichtsjahre 1912 gearbeitet haben. Wir wollen daher in der nachstehenden Tabelle näher darauf eingehen und insbesondere eine Anzahl Versicherungsgesellschaften

berücksichtigen, die auch die „Wollversicherung“, d. h. die Lebensversicherung der kleinen Leute betreiben:

Table with columns: Name der Gesellschaft, Kapital, Bilanz, etc. and rows for various insurance companies like Victoria, Friedrich Wilhelm, etc.

Wie man aus der vorliegenden Auszählung ersieht, ist das Ergebnis des Geschäftsjahres 1912 für die Aktionäre der bezeichneten elf Versicherungsgesellschaften durchweg ein gutes, z. T. sogar ein glänzendes gewesen. Die meisten Geschäfte haben unter der Leitung der Aktionäre der „Victoria“ und „Friedrich Wilhelm“ gemacht. Diese beiden Gesellschaften betreiben neben dem „großen“ Lebensversicherungsgeschäft auch noch in erheblichem Maße die Versicherung der kleinen Leute, die sog. Wollversicherung. Im Jahre 1912 liefen in Deutschland bei den privatkapitalistischen Versicherungsgesellschaften 8 1/2 Millionen Folgen aus der Wollversicherung mit einer Versicherungssumme von 1 700 000 000 Mk. Die „Victoria“ und „Friedrich Wilhelm“ hatten davon allein 6 1/2 Millionen Folgen, das sind 75 Prozent des gesamten abgefließen. Von dem Gesamtgewinn der „Victoria“ entfielen in den letzten 8 Jahren 220 Millionen Mark allein auf die Wollversicherung, die 43 1/2 Prozent ihres gesamten Geschäfts ausmacht. Bei der „Friedrich Wilhelm“ fielen sogar 61 Prozent des gesamten Geschäfts auf die Wollversicherung, nichtsdestoweniger bestand und besteht noch in weitesten Kreisen unseres Volkes ein großes Maß von Mißtrauen gegenüber den privatkapitalistischen Gesellschaften. Die enormen Gehälter der Direktoren, die kolossalen Kantien, die den Vorständen und Aufsichtsräten bezahlt werden, daneben der große Verfall der Folgen geben dem Volke zu denken. Darum wurde auch fast allenthalben die Gründung der gemeinnützigen Deutschen Wollversicherungsgesellschaft, Sitz Berlin, Wilowir, 90 mit Freuden begrüßt. Die Gemeinnützigkeit dieser Anstalt ist für alle Zeiten gesichert. Es darf auf das eingeschlossene Aktienkapital keinesfalls mehr als 4 Prozent Dividende den Aktionären gewährt werden. Vorher müssen zunächst 20 Prozent des Jahresgewinns den Versicherer in Gestalt von Prämiendividenden zugeführt werden; bis zu 10 Prozent der restlichen 20 Prozent können zur Bildung außerordentlicher Rücklage (Reserve) verwendet werden. Eine Gemeinnützigkeit des Vorstandes und Aufsichtsrates findet nicht statt. Der bekannte Sozialpolitiker Graf von Posadowsky-Wehner führt den Vorsitz im Aufsichtsrat. Die Kaiserliche Regierung hat den bekannten Oberregierungsrat Dr. Buermeier eigens mit der Überwachung der gemeinnützigen Wollversicherungsgesellschaft betraut, damit ihr gemeinnütziger Charakter jederzeit gewahrt bleibt. Angeführt 50 große Verbände der Bauern, Angestellten, Beamten, Handwerker und der nationalen Arbeiter mit ca. 2 1/2 Millionen Mitglieder stehen bereits im Vertragsverhältnis mit der Deutschen Wollversicherungsgesellschaft, deren einziger Zweck ist, den kleinen Leuten eine gute, billige und doch sichere Wollversicherung zu sein. Sie vergütet auf die ärztliche Untersuchung der zu Versicherenden, zugleich liegt ihr jede Erwerbslosigkeit fern; ihr Prinzip ist: Die Wollversicherung in erster Linie den Versicherer und nicht den Versichererem.

bohnbewegungen und Differenzen.

Die Bohnbewegungen außerhalb des Arbeitsvertrages konnten in den letzten Wochen ein gutes Ende vorwärts gebracht werden. Verhandlungen sind überall eingeleitet und wenn auch der Abschluss der Lätze noch nicht erfolgt ist, so haben die Arbeitgeber doch fast überall ihr Angebot den Gehältern unterbreitet. Zeitweise handelt es sich nur noch um die Ausgleichung einiger Differenzpunkte. In Zukunft ist der Lätz endgültig fertiggestellt, wogegen in einigen noch die Tagelöhner- und Stundenlöhne fertig sind. Mehrere Verhandlungen haben in Überhausen stattgefunden, doch sind die Parteien sich noch um einige Prozent auseinander und macht die Einführung neuer Positionen noch Schwierigkeiten. Die Paderborner Arbeitgeber haben Lohn-erhöhungen in Aussicht gestellt. Da aber unter den Arbeitgebern eine Einigkeit nicht besteht, gestalten die Verhandlungen sich sehr schwierig. Die Gehältern arbeiten auf einen möglichst einheitlichen Lätz hin, was bei der Unmöglichkeit der Unternehmung schwer zu erzielen ist. In Althaus hat unsere Ortsgruppe den Arbeitgebern zum erstenmal einen Lätz-Vertragsentwurf unterbreitet. Die Einführung eines einheitlichen Lätz ist auch hier bei der Verhinderung durch die Löhne nicht leicht. Die Parteien sind jedoch bis auf einige wenige Differenzpunkte einig geworden und sich zu hoffen, daß diese auf gutem Wege ausgeglichen werden. Auch so weit vorangeschritten sind die Bewegungen in Xanten, Biesen und Dortmund (Damen-schneider). Es besteht aber gute Hoffnung, auch in diesen Orten ohne Kampf die Bohnbewegungen zu Ende zu führen. Ausgeschlossen ist die Bohnbewegung in Koblentz. Hier soll der Verrennmaß- und Uniformarbeitsvertrag erneuert werden. Der umfangreiche Doppelarbeitsvertrag in der Herrenmagazinbranche bildet wohl das größte Hindernis zur Einigung. Die Angebote der Arbeitgeber sind recht niedrig. Die Hoffnung auf friedliche Verständigung sind dort sehr gering. Sollten die Kollegen die auf den letzten Mann zusammen, dann wird der Erfolg unser sein. Die Lätzverhandlungen in der Kölner Uniformbranche sind mit gutem Erfolg für die Kollegen abgeklungen. Das Meistlet unterliegt noch der Zustimmung der Parteien. Eine Ablehnung dürfte kaum erfolgen.

Verbandsnachrichten.

Mitglieder! Macht Euch durch pünktliche Beitragszahlung Eurer Rechte an den Verband. Aber mit feinen Beiträgen ist im Verbande beizubringen, hat keinen Anspruch auf Unterstützung erwirkt. Mit dem Erscheinen dieser Nummer ist der 12. Wochenbeitrag für 1914 fällig, wozuf wir unsere Mitglieder in ihrem eigenen Interesse aufmerksam machen.

Zu der letzten Generalversammlung unseres Verbandes waren mehrere Anträge auf Einführung der Arbeitslosenversicherung gestellt und die Anträge fanden auch warme Befürworter. Wenn die Generalversammlung zu der Frage keine endgültige Stellung genommen hat, so geschah dies aus dem Grunde, weil die nötigen Unterlagen fehlten. Deshalb beauftragte die Generalversammlung den Zentralvorstand, unter den Mitgliedern die nötigen Erhebungen zu veranstalten und der nächsten Generalversammlung eine Vorlage betr. Einführung einer Arbeitslosenversicherung zu machen. Dielem Auftrage kann der Vorstand jedoch nur dann entsprechen, wenn er über die Arbeitslosigkeit der Mitglieder genau unterrichtet ist, wozu eingehende, sich über einen längeren Zeitabschnitt sich erstreckende Erhebungen nötig sind. Um diese Erhebungen durchzuführen, gehen den Zahlstellen mit der dieswöchigen Zeitungsendung Zahlkarten zu.

Die Ortsverwaltungen werden ersucht, den Punkt „Arbeitslosenzählung“ auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung zu setzen, auf die Wichtigkeit der Zählung wie der Einführung der Arbeitslosenunterstützung hinzuweisen und Erläuterungen über die Ausfüllung der Zahlkarte zu geben.

Arbeitslosigkeit liegt vor, wenn ein Kollege infolge Arbeitsmangel entlassen wird oder ausbleiben muß, und zwar, wenn aus diesen Gründen die Arbeitslosigkeit nicht unter einem Tag währt. Ist die Arbeitslosigkeit auf Entlassung aus dem Geschäft zurückzuführen, so ist für jeden Tag der Arbeitslosigkeit das entsprechende Datum unter Ziffer 1 der Zahlkarte zu durchstreichen. In gleicher Weise ist das Datum unter Ziffer 2 der Zahlkarte zu durchstreichen, wenn die Arbeitslosigkeit auf Ausbleiben zurückzuführen ist. Kollegen, welche wegen Arbeitsmangel entlassen worden sind und sich auf die Weise begeben, machen am Schlusse des Berichtsmonats unter Ziffer 4 der Zahlkarte ihre Angaben. Waren am Ort verbleibende arbeitslose Kollegen während ihrer Arbeitslosigkeit anderweitig beschäftigt, z. B. für eigene Kundschaft, zur Ausbildung o. dgl., so haben sie dies unter Ziffer 3 der Zahlkarte anzugeben.

Die Erhebungen sollen sich sowohl auf Saisonmonate, wie auf Monate der stillen Zeit erstrecken und mit April dieses Jahres beginnen. Die Wichtigkeit der Sache erfordert es, daß sich alle Mitglieder ohne Ausnahme an der Erhebung beteiligen, was um so eher geschehen kann, weil wir die Zahlkarten so einfach als möglich gestaltet haben, so daß deren Aus-

füllung keine besondere Mühe macht. Die Ortsverwaltungen haben die Aufgaben, die Zahlkarten so zeitig an die Mitglieder hinauszugeben, daß sie am 1. April im Besitze derselben sind, die Karten am Monatschluß einzuziehen, sie auf die Richtigkeit der Ausfüllungen zu prüfen und eventl. Richtigstellungen zu veranlassen, und an die Zentrale einzufügen.

Von der „Schneider-Zeitung“, Jahrgang 1913, können eine beschränkte Anzahl gebundener Exemplare zum Preise von 2.00 Mark abgegeben werden. Bestellungen wolle man bald an die Geschäftsstelle des Verbandes richten.

Der Zentralvorstand. J. A. A. Schwarzmann

Aus den Zahlstellen.

Breslau. Die wirtschaftliche Lage wurde schon im vor. Berichtsbericht als nicht besonders günstig bezeichnet. Der Rückgang des Wirtschaftslebens hat auch während des Jahres 1913 angehalten. Während jedoch i. J. 1912 hauptsächlich das Schuhmachergewerbe betroffen wurde, hatte in diesem Jahre meiste die Konfektion der Herren, wie auch der Damenbranche darunter zu leiden. Die Lohnforderungen ginge bis gegen Ende des Jahres sehr gut zu, was wohl auf die Preisvermehrung sowie auf das unermesslich gesteigerte Gutangebot zurückzuführen ist. Die Lohnforderungen ginge bis gegen Ende des Jahres sehr gut zu, was wohl auf die Preisvermehrung sowie auf das unermesslich gesteigerte Gutangebot zurückzuführen ist. Die Lohnforderungen ginge bis gegen Ende des Jahres sehr gut zu, was wohl auf die Preisvermehrung sowie auf das unermesslich gesteigerte Gutangebot zurückzuführen ist.

Die Lohnforderungen ginge bis gegen Ende des Jahres sehr gut zu, was wohl auf die Preisvermehrung sowie auf das unermesslich gesteigerte Gutangebot zurückzuführen ist. Die Lohnforderungen ginge bis gegen Ende des Jahres sehr gut zu, was wohl auf die Preisvermehrung sowie auf das unermesslich gesteigerte Gutangebot zurückzuführen ist. Die Lohnforderungen ginge bis gegen Ende des Jahres sehr gut zu, was wohl auf die Preisvermehrung sowie auf das unermesslich gesteigerte Gutangebot zurückzuführen ist.

Am 1. April wurden an 55 Personen 55,35 Mk. Bruttolohn, an 10 Personen 90,00 Mk. Nettolohn und umgekehrt, an je einen Person 2,00 Mk. Nettolohn (je ein Gehalt) und 1,000 Streifen, zusammen 200,00 Mk. ausbezahlt. Die Lohnforderungen ginge bis gegen Ende des Jahres sehr gut zu, was wohl auf die Preisvermehrung sowie auf das unermesslich gesteigerte Gutangebot zurückzuführen ist.

Am 1. April wurden an 215 Briefe, 35 Postkarten, 2012 Briefchen und 10 Postkarte, zusammen 2215 Briefchen.

Bei der Lohnbewegung wurde für die Herrenmagazinbranche eine Lohnforderung von 7 Prozent erreicht. Außerdem vereinbarte unser Verband mit dem noch einen Anstieg für amstragende, welcher den bisherigen Bewegungen eine Lohnforderung von 7 Prozent eintrug. Bei der Firma St. Ebers erhielt noch ein besonderer Verhandlungsantrag, welcher bei den Lohnbewegungen 1908 und 1910 nicht aufgebracht wurde. Durch unsere Veranstaltung wurden noch mehrere Verhandlungen geschlossen und eine 7-prozentige Lohnforderung erreicht. Der Stundenlohn wurde von 50 auf 52 Pf. (4 Prozent) erhöht und auf den Gehaltslohn erfolgt ein Zuschlag von 3 Prozent zur Halbzahl. Der Lohnforderungen ginge bis gegen Ende des Jahres sehr gut zu, was wohl auf die Preisvermehrung sowie auf das unermesslich gesteigerte Gutangebot zurückzuführen ist.

Bei der im Januar stattgefundenen Gewerke- und 4 Arbeitervereinigungen, sowie einer Arbeitervereinsversammlung. Auf unserer Verband entfallen davon ein Vertreter und ein Erfahrun.

Ein Unterarbeitsrat, welcher von Oktober bis Dezember stattfand, zählte 14 Teilnehmer, hauptsächlich Vorstandsmittelglieder und Vertrauenspersonen. Es wurde nach einem ermittelten Vortrage behandelt: die Volkswirtschaft, Sozialdemokratie, christl. Gewerkschaften, Fachabteilungen, Arbeitgeberverbände und die soziale Verleinerung.

An Versammlungen, Sitzungen, Verhandlungen usw. fanden 111 teil, welche größtenteils einen besetzten Besuch hätten aufweisen können. In den meisten wurden Vorträge gehalten oder mit der Behandlung von sachlichen oder tatsächlichen Fragen ausgefüllt. Zur Agitation fanden sich recht wenig Mitarbeiter, doch trat im 4. Quartal hierin eine Besserung ein, nachdem wir für jede Neuaufnahme eine Vergütung gewährt.

Der Arbeitsnachweis wurde von unseren Mitgliedern viel zu wenig in Anspruch genommen. Fast immer kam man erst zu uns, als andere Wege verlust hatten. Daß wir dann den Wünschen der Kolleginnen und Kollegen, sowie der Arbeitgeber nicht genügend Rechnung tragen konnten, ist zu verstehen. Ueberhaupt ist die Arbeitsvermittlung ein schwieriges Gewet. Den richtigen Mann an den richtigen Platz zu bringen, ist nur möglich, wenn man weiß, was auf der einen Seite gebraucht wird, und was auf der anderen Seite geliefert werden kann.

An geselligen Veranstaltungen, wie Unterhaltungsabenden und einer Dampfparty, sojann veranstalteten wir noch ein Matzfrachten in Lönitz und einen Ausflug mit Kinderfest nach Polanowitz.

Allen Kolleginnen und Kollegen, die mitgeholfen haben, all die Arbeit zu leisten, für ihre oft schwierige Arbeit, sei an dieser Stelle der Dank ausgesprochen, woran

wir gleich den Wunsch knüpfen möchten, auch in diesem Jahre bei der uns bevorstehenden Arbeit mit Hand ans Werk zu legen. An Arbeit wird es sicher nicht mangeln. Der Lohnsatz für die Herren- und Damenkonfektion läuft zum 1. Juli ab. Neue Forderungen werden den Garantanten am 31. Dezember überreicht. Diese Lohnbewegung zu einem günstigen Abschluß zu bringen, ist unsere wichtigste Aufgabe. Arbeiten wir vor allem auf Ausbaur unserer Organisation. Wenn wir so gut organisiert sind wie die Herren Garbianten, dann können wir mit einem guten Erfolg bestmamt wdhnen. Auch sind in den einzelnen Branchen, wo bereits Lätze bestehen, viele Unorganisierte zu überzeugen, welche teils aus Unkenntnis, teils aus Eigenliebe nicht zur der Organisation gewonnen werden konnten. Andererseits sind noch mehrere Branchen, wo bisher Lätze bestanden überhaupt nicht vorhanden, wo die Zahl der Organisierten zu gering war, um einen Kampf gegen die Arbeiter zu führen. Dazu ist jedoch notwendig, daß alle Kolleginnen und Kollegen ihre wöchentliche Mitgliedschaft bezahlen und regelmäßig zur Lohnbewegung kommen. Wir werden auf jedem Posten. Weiter gehen wir, und die zu leistende Arbeit wird von Erfolg gekrönt werden.

Kollegos magst du vorwärts streben, Die ermutert stille stehen.

München. In Münchener Schneidergewerbe machte sich die niedrige Lohnbewegung, die allgemein lauernde Wirtschaftslage parti bemerkbar. Die Wirtschaftslage der Schneiderei war jetzt in der Saison eine ungeliebte. Ein derartig schlechter Wirtschaftslage wird notwendig in ungeliebten Sinne auf die Unternehmung einer wirtschaftlichen Organisation ein. Besonders schmerzhaft macht sich eine solche in einer Branche, die wie die Schneiderei unter der großen Konkurrenz zu leiden hat. Das ungeliebte der Branche nicht den aufzuführung genommen hat, den man im Hinblick auf die im 1. Quartal erzielte Erzielung der Münchener Sekretariats, unter normalen Verhältnissen hätte erwarten können, dürfte begreiflich erscheinen.

Die Lohnforderung betrug am 1. Januar 1914 212 — mit Ende Juni im vorliegenden Jahre unsere Mitgliederzahl um 60 gestiegen. Besonders günstig hat sich die Jugendabteilung entwickelt, es sind heute in der Jugendabteilung 20 jugendliche organisiert. Jugendarbeiter wurden im vergangenen Jahre 100 Stück mehr verkauft wie im 1912. Diese Entwicklung ist erfreulich und beweist für die Jugendarbeit in den besten Positionen. Wir vermöhen uns mit der jugendlichen Bewegung noch in den Anfangsstadium, das zeigen die bisherigen Erfolge, daß wir uns auf dem rechten Wege befinden. Besonderer Wert ist auf die Veranstaltung von sogenannten Jugendfreunden zu legen, o. h. solchen Kollegen, die mit Liebe, Verständnis und Begeisterung der jugendlichen annehmen. — Beitragsmatten wurden 2211 angelegt. Die Gesamtsummen betragen 200,00 Mk. — An Unterzahlungen wurden ausbezahlt: 50,18 Mk. und 5000 Markentwertung 100,00 Mk. Bruttolohnforderung 493,55 Mk., Nettolohn 210 Mk. Die Einnahmen der Kassa für 1913 sind erheblich gestiegen, sie betragen 200,00 Mk. Die Steigerung ist wesentlich auf die Erhöhung des Monatsbeitrages von 10 auf 15 Pf. zurückzuführen. Die Ausgaben beliefen sich auf 100,00 Mk.

Die Lohnforderungen ginge bis gegen Ende des Jahres sehr gut zu, was wohl auf die Preisvermehrung sowie auf das unermesslich gesteigerte Gutangebot zurückzuführen ist. Die Lohnforderungen ginge bis gegen Ende des Jahres sehr gut zu, was wohl auf die Preisvermehrung sowie auf das unermesslich gesteigerte Gutangebot zurückzuführen ist. Die Lohnforderungen ginge bis gegen Ende des Jahres sehr gut zu, was wohl auf die Preisvermehrung sowie auf das unermesslich gesteigerte Gutangebot zurückzuführen ist.

Die Lohnforderungen ginge bis gegen Ende des Jahres sehr gut zu, was wohl auf die Preisvermehrung sowie auf das unermesslich gesteigerte Gutangebot zurückzuführen ist. Die Lohnforderungen ginge bis gegen Ende des Jahres sehr gut zu, was wohl auf die Preisvermehrung sowie auf das unermesslich gesteigerte Gutangebot zurückzuführen ist. Die Lohnforderungen ginge bis gegen Ende des Jahres sehr gut zu, was wohl auf die Preisvermehrung sowie auf das unermesslich gesteigerte Gutangebot zurückzuführen ist.

Die Lohnforderungen ginge bis gegen Ende des Jahres sehr gut zu, was wohl auf die Preisvermehrung sowie auf das unermesslich gesteigerte Gutangebot zurückzuführen ist. Die Lohnforderungen ginge bis gegen Ende des Jahres sehr gut zu, was wohl auf die Preisvermehrung sowie auf das unermesslich gesteigerte Gutangebot zurückzuführen ist. Die Lohnforderungen ginge bis gegen Ende des Jahres sehr gut zu, was wohl auf die Preisvermehrung sowie auf das unermesslich gesteigerte Gutangebot zurückzuführen ist.

Die Lohnforderungen ginge bis gegen Ende des Jahres sehr gut zu, was wohl auf die Preisvermehrung sowie auf das unermesslich gesteigerte Gutangebot zurückzuführen ist. Die Lohnforderungen ginge bis gegen Ende des Jahres sehr gut zu, was wohl auf die Preisvermehrung sowie auf das unermesslich gesteigerte Gutangebot zurückzuführen ist. Die Lohnforderungen ginge bis gegen Ende des Jahres sehr gut zu, was wohl auf die Preisvermehrung sowie auf das unermesslich gesteigerte Gutangebot zurückzuführen ist.

Die Lohnforderungen ginge bis gegen Ende des Jahres sehr gut zu, was wohl auf die Preisvermehrung sowie auf das unermesslich gesteigerte Gutangebot zurückzuführen ist. Die Lohnforderungen ginge bis gegen Ende des Jahres sehr gut zu, was wohl auf die Preisvermehrung sowie auf das unermesslich gesteigerte Gutangebot zurückzuführen ist. Die Lohnforderungen ginge bis gegen Ende des Jahres sehr gut zu, was wohl auf die Preisvermehrung sowie auf das unermesslich gesteigerte Gutangebot zurückzuführen ist.

Die Lohnforderungen ginge bis gegen Ende des Jahres sehr gut zu, was wohl auf die Preisvermehrung sowie auf das unermesslich gesteigerte Gutangebot zurückzuführen ist. Die Lohnforderungen ginge bis gegen Ende des Jahres sehr gut zu, was wohl auf die Preisvermehrung sowie auf das unermesslich gesteigerte Gutangebot zurückzuführen ist. Die Lohnforderungen ginge bis gegen Ende des Jahres sehr gut zu, was wohl auf die Preisvermehrung sowie auf das unermesslich gesteigerte Gutangebot zurückzuführen ist.

Die Lohnforderungen ginge bis gegen Ende des Jahres sehr gut zu, was wohl auf die Preisvermehrung sowie auf das unermesslich gesteigerte Gutangebot zurückzuführen ist. Die Lohnforderungen ginge bis gegen Ende des Jahres sehr gut zu, was wohl auf die Preisvermehrung sowie auf das unermesslich gesteigerte Gutangebot zurückzuführen ist. Die Lohnforderungen ginge bis gegen Ende des Jahres sehr gut zu, was wohl auf die Preisvermehrung sowie auf das unermesslich gesteigerte Gutangebot zurückzuführen ist.

Die Lohnforderungen ginge bis gegen Ende des Jahres sehr gut zu, was wohl auf die Preisvermehrung sowie auf das unermesslich gesteigerte Gutangebot zurückzuführen ist. Die Lohnforderungen ginge bis gegen Ende des Jahres sehr gut zu, was wohl auf die Preisvermehrung sowie auf das unermesslich gesteigerte Gutangebot zurückzuführen ist. Die Lohnforderungen ginge bis gegen Ende des Jahres sehr gut zu, was wohl auf die Preisvermehrung sowie auf das unermesslich gesteigerte Gutangebot zurückzuführen ist.

Die Lohnforderungen ginge bis gegen Ende des Jahres sehr gut zu, was wohl auf die Preisvermehrung sowie auf das unermesslich gesteigerte Gutangebot zurückzuführen ist. Die Lohnforderungen ginge bis gegen Ende des Jahres sehr gut zu, was wohl auf die Preisvermehrung sowie auf das unermesslich gesteigerte Gutangebot zurückzuführen ist. Die Lohnforderungen ginge bis gegen Ende des Jahres sehr gut zu, was wohl auf die Preisvermehrung sowie auf das unermesslich gesteigerte Gutangebot zurückzuführen ist.

ausführliches Namen- und Sachregister erhöht die Brauchbarkeit des Buches, das für jeden, der im Kampfe des öffentlichen Lebens steht, unentbehrlich ist.

Die deutsche Volkversicherung, ihre Gründung und Bedeutung. Eine altentworfene Darstellung von Franz Wehrens, Vorsitzender des Ausschusses des Deutschen Arbeiterkongresses, Mitglied des Reichstags. Berlin 1914. Druck und Verlag: Vaterländische Verlags- und Kunstanstalt, Berlin S.W. 61, Johannisstraße 6. Preis 80 Pfg., bei Massenverbreitung 100 Stück M. 68.—, 1000 Stück M. 300.—.

Arbeitsnachweis.

Bei der Geschäftsstelle des Verbandes Köln, Benloerwall 9 sind eine größere Anzahl offene Stellen für Groß- und Kleinfüßarbeiter vorgemerkt, worauf wir Mitglieder, die sich verändern wollen, aufmerksam machen.

Fächler Rodschneider per sofort für dauernd gesucht. Tarif 1. Bei 3-monatlicher Beschäftigung wird Reise vergütet. Sietand u. Hübenbed, Dortmund.

Nach Baden-B. werden mehrere Groß- und Kleinfüßarbeiter auf 2. und 3. Tarif für Tag- und Wochenlohn, sowie auf 1. Tarif für sofort gesucht. Näheres bei Koll. R. Steinweg, Gartenstr. 17.

Für ein Bekleidungsamt werden mehrere Schneider gesucht. Der Eintritt kann sofort beginn, in 3 Monaten erfolgen. Auskunft durch die Geschäftsstelle des Verbandes.

Rod- und Holzschnneider auf Tarif 1 sucht J. Saton, Hamm i. W.

7-8 erstklassige Damenschneider gesucht. Lohn bis 44 M. wöchentlich. Näheres durch Koll. Schneider, Saarbrücken, Neumarkt 20.

Wegen vollständiger Neu-Organisation meiner Werkstätte für Damenschneider werden

erstklassige Damenschneider per sofort gesucht. Garantiertes Jahres-Einkommen M. 2000.—2400. J. Bacharach, Wiesbaden, Webergasse 4.

3-4 Großfüßarbeiter nach Bremerhaven gesucht. Näheres durch Kollegen Joh. Geizler, Lohr-Bremerhaven, Rittnerstr. 16.

Inhalt. Die zentralen Tarifverhandlungen in Nürnberg. Sozialdemokratische Monopolbetriebe. — Fachauschüsse in der Hausindustrie. — Wie wird und wer wird zum Versicherungsamt gewählt? — Gewinne der Versicherungsgesellschaften. — Lohnbewegungen und Differenzen. — Verhandlungsberichte. — Aus den Bahlstellen: Weisau. München. Dg. Ruhrort. — Rundschau: Zentralverband der Nahrungs- und Genussmittelindustriearbeiter Deutschlands. — Praktische Gewerkschaftsarbeit. — Soziale Wahlen. — Mängel im Rentenkreisverfahren. Ein interessantes Urteil über das Kündigungsverhältnis der Zwischenmeister. — Rezhäuser's Testament. — Literarisches. — Interate.

Ehre ihrem Andenken. Am 16. März verschied nach langem, schwerem Leiden unser langjähriges, treues Mitglied Kollege Jakob Woller im Alter von 64 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm die Mitglieder der Zählstelle Köln.

Die besten Erfolge erzielen Sie durch das neue Werk Die Fachwissenschaft der Damenschneiderei zum Selbstunterricht bearbeitet. System äußerst leicht u. garantiert tadellose Passform. Sämtliche Zeichnungen stehen im Text. Preis Mk. 12.— gegen Nachnahme oder Voreinsendung des Betrages zu beziehen durch die Deutsche Schneider-Lehranstalt zu Leipzig. Direktor Buddo, Peterssteinweg 10. Wenn umgehend bestellt wird, Vorzugspreis Mk. 10 für die Leser dieser Zeitung.

Wer grau ist, sieht alt aus! Bestes Haar- und Wurfärbemittel ist Dittel's Banar-Haarfarbe 1 Flac. à 1 M. Allein echt von: Dr. Dittel & Co., Prag. Heberall zu haben. Versand für Deutschland: Lindenapotheke Leipzig. Zu haben in Berlin bei Franz Schwarzlose, Leipzigerstr. 66.

F. A. Mayer's Akademie Dresden. Johann Georgen-Allee No. 11 verbunden mit erstklassigem Massgeschäft und Werkstatt. Kurse im Zuschnitt der Herren- und Damengarderobe „Tailor made“. Fertige Normalschnitte für Herren- und Damengarderoben. — Schnitte nach Maß. Man verlange Prospekt 1914. Bücher zum Selbstunterricht. :: Brieflicher Unterricht

F. Zwicky Wallisellen bei Zürich liefert bekanntlich das Beste in Realen und Schappe Näh-Knopfloch- und Maschinen-Seiden. Alle Anmachungen.

Spiritus-Mängelicht MARLA 3 mal so billig wie Petroleumlicht. Probelampe ohne Kaufzwang. Gebr. Lauterbach Berlin S. O. 388, Oranienstr. 183

Hirsch'sche Schneider-Akademie Berlin, Rothes Schloss 2.

Prämiert Dresden 1874. — Berliner Gewerbe-Ausstellung 1870. Goldene Medaille Frankreich 1897. — Goldene Medaille England 1897. Größte, älteste und besuchteste Fachlehranstalt der Welt. Gegründet 1869. — Über 89000 Schüler ausgebildet. Tages- und Abendkurse von 20 Mark an. Herren-, Damen- und Wäscheschneiderei. Skizzenzeichnen, Handelswissenschaft. Stellensuchenden kostenlose Empfehlung. Prospekte gratis. Seit 1896 Inhaber Gromeyer & Co.

Private Moden-Akademie der Zuschnneider-Vereinigung von Rheinland und Westfalen. • Erstklassige Zuschnneider-Unterrichts-Anstalt. • Beste Ausbildung für Schneidermeister, Zuschnneider und Direktionen. Bestes und sicherstes System der Gegenwart. Haupt-Kurse beginnen am 1. und 16. eines jeden Monats. Lehrer zahlreicher Innungen und Gewerkschafts-Kurse. Verlag von Lehrbüchern und Fachzeitschrift. Anerkannt erfolgreichster Stellennachweis. Stets Nachfrage nach Zuschnneidern und Direktionen, welche auf unserer Schule ausgebildet sind. Mitglieder des Verbandes christl. Schneider erhalten Rabatt. Prospekt gratis durch die Geschäftsstelle Köln a. Rh. Neumarkt 27-29 Möbelhaus Neumarkt.

Mayfair Fashions Zuschnneider-Akademie Wer das Zuschneiden zu erlernen beabsichtigt und sich nicht den soeben erschienenen Prospektus der M. F. Z. A. senden läßt, dem fehlt es an Umsicht! Deutsche Filiale Hannover, Langelaube 50. Per sofort erstklassige Rodarbeiter (1 a Tarif) auf Werkstelle gesucht. D. & E. Freudenberg Offen-Ruhr, Limbederstraße 20/28.

Schneider-Wügelchen fertigen als Spez. schon von 26 M. an. Wügelchen von 2 M. an. Spar-Gadwügelchen billigst. Prospekt gratis. Gebrüder Bettinger, Freiburg i. B.

Futterstoffe und Zutaten liefert jedes Quantum franco gegen Nachnahme. Bei Erhaltung gültiger Bedingungen. Bernhard Schlund, Leipzig, Markt 10. Erfahrenen Rod- und Holzschnneider Tarif 1. sucht J. Gatto n Hamm (Weist).

Deutsche Bekleidungs-Akademie München Schellingstraße 39/41 Telefon 118 und 119. Lehranstalt für Zuschnneiderkunst A) Vollkursus, Dauer 4 Wochen, Honorar incl. allem Zubehör M. 120.— B) Schnellkursus, Dauer 2 Wochen, für Fachleute, die bereits weiter vorgeschritten sind. Honorar M. 75.— C) Repetitions- und Vervollkommnungskurse wöchentlich M. 30.— Beginn der Kurse am 1. und 15. jeden Monats sowie am Montag jeder Woche. Verlangen Sie in Ihrem eigenen Interesse unseren Prospekt gratis und franco. — In unserem Verlage erschienen: Lehrbuch der Zuschnneiderkunst (IV. Auflage), M. 12.—, leicht fäblich geschrieben. Sammlung der Meisterschnitte M. 8.—

Jüngerer Schneidergehilfe für dauernde Beschäftigung gesucht. Demselben ist Gelegenb. geboten, sich auf Großfüß auszubilden. Dr. Gubm, Lünen a. d. Lippe, Jägerstr. 38.

Tätigste Rodmacher (einer der Schwarzarbeit mitmacht), für sofort gesucht. 1. Tarif. Carl Gorr, Bad Ems. Erstklassige Großfüß-Arbeiter sucht Hans Eckenroder, Herrenschneider 1. Rang, Karlsruhe i. Baden. NE. Höchste „Spezial-Rohstoffe“

Gute, sichere Griffenz strebhaftem Fachmann geboten. Geschäftsbüro in better Lage, Amt- u. Industrieort Wadens, 15000 Einwohner, in dem seit nahezu 27 Jahren ein feines, mittleres Herrenkleider-Waflgeschäfl mit bestem Erfolg betrieben wird, sich auch zur Damenschneiderei eignet, ist wegen vorgeschrittenem Alter und aus Gesundheitsrückflchten mit Beschäft für den billigen Preis zu 15 000 M. abzugeben. Stofflager und Zutaten können mit übernommen werden. Off. u. M. 187 a. d. Inseparaten. d. Wl. Berlin, Wäddernstr. 07.

Uniformschneider welcher evtl. auch mit Schneiden kann, für dauernd sofort gesucht. Wth. Seipke, Grefeld.

Junger tüchtiger Schneider in Großfüß etwas bewandert. Gelegenheit zur weiteren Ausbildung per sofort gesucht. R. Wajsmüller, Schneidermeister Ludw.

Joh. Glade wird um Angabe seiner Adresse zwecks Jüngerernehmung beim Verkauf bezw. Bestellung eines Auguges, ersucht. D. Groll, Schneidermeister, Oberland bei Bremen.